

Auszug aus der Niederschrift zur Sitzung des Schulausschusses vom 26.10.2023

Öffentlicher Teil

TOP . Mündliche Anfragen der Mitglieder des Schulausschusses gem. § 18 der Geschäftsordnung des Rates

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Akbaba erkundigt sich zu der unter TOP 2 gegebenen Mitteilung aus überregionalen Gremien. Er möchte wissen, ob die Richtlinie zum OGS Ausbau nicht als Anlass genommen werden sollte, um eine Arbeitsgruppe zu gründen.

Frau Soddemann erläutert, dass die Mittel nicht losgelöst sind von bestimmten Kontexten. Es gebe zudem auch eine rückwirkende Mitteleinsetzbarkeit. Es könnten also gegebenenfalls auch bereits umgesetzte Maßnahmen noch förderfähig sein. Das Land habe aber noch nicht mitgeteilt was genau nun ausgebaut werden solle, bzw. könne. Andere Bundesländer seien hier schon weiter als NRW.

Herr Akbaba möchte wissen, ob es nicht gegebenenfalls Konzepte aus anderen Kommunen gebe, die man für Hagen nutzen könne.

Frau Soddemann erwidert, dass es wie auch bei dem Konzept des Rhythmisierten Ganztags (ROG) auch immer pädagogische Konzepte mit zu betrachten gelte, wenn vom OGS Ausbau die Rede sei. Es sei derzeit allerdings noch nicht klar, ob ein derartiges Konzept in den Richtlinien enthalten sei und mitgedacht werden müsse.

Herr Günther spricht erneut die Thematik Bezirksschülervertretung und deren Teilnahme am Schulausschuss an. Leider sei es nicht möglich einen richtigen Kontakt zu der Bezirksschülervertretung herzustellen, da es scheinbar derzeit keine richtige Bezirksschülervertretung zu geben scheine. Er schlägt vor, eventuell alle Schülervertretungen der Stadt anzuschreiben, um eine Neugründung einer Bezirksschülervertretung herbeizuführen.

Frau Soddemann erklärt daraufhin, dass dies derzeit nicht vom Fachbereich 40 gestemmt werden könne. Sie könne diesbezüglich aber beim Fachbereich 55 anfragen, ob dort gegebenenfalls noch Kapazitäten vorhanden seien, um diese Aufgabe zu übernehmen.

Herr Günther bittet darum, dass der Schulausschuss zu dieser Thematik fortlaufend informiert wird.

Frau Graf erkundigt sich, ob es nicht möglich sei, die Schülervertretungen über die Stadtschulpflegschaft zu informieren.

Herr Pütz wirft ein, dass die Schüler*innen meist mit der Aufgabe der Bezirksschülervertretung überfordert seien. Zudem seien die Schüler*innen nur für 1-2 Jahre in der Bezirksschülervertretung tätig. Er schlägt vor, gegebenenfalls über die Schulleitungen auf die SV-Lehrer*innen zuzugehen, ob diese die Aufgabe der Teilnahme am Schulausschuss übernehmen würden.

Herr Mechnich bittet um eine schriftliche Beantwortung auf die Frage, ob es möglich sei die „Spielbrinkschule“ wieder zur Eigenständigkeit zurückzuführen.